

# "Unser Gesundheitssystem soll solidarisch sein"

**Ministerin Ulla Schmidt referiert im adventistischen Krankenhaus „Waldfriede“**

Berlin, 02.06.2009/APD „Wir müssen auch innerhalb der Europäischen Union am Solidarpakt im Gesundheitswesen festhalten, sodass die Beiträge nach den Einnahmen festgelegt werden und das behandelt wird, was medizinisch notwendig ist“, betonte Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) in ihrem Impulsreferat „Für Gesundheit gemeinsam einstehen“ im Krankenhaus „Waldfriede“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin-Zehlendorf. Mit zunehmendem Alter werde das Risiko zu erkranken immer größer, sodass es neue Herausforderungen für das Gesundheits- und Pflegesystem gebe. Da die Ressourcen begrenzt seien, gelte es die Forschung zu bündeln und faire Preise für Medikamente auszuhandeln. Denn der medizinische Fortschritt müsse auch bezahlbar sein.

„Eine gute Versorgung muss sein, damit nicht der Wille nachlässt, ins Gesundheitssystem einzuzahlen“, erläuterte Ulla Schmidt. Dazu gehöre aber auch eine angemessene Bezahlung der Pflegekräfte. Aufgrund des demografischen Wandels in Deutschland würden künftig immer weniger junge Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Sie müssten dazu begeistert werden, Berufe im Gesundheitsbereich zu ergreifen. Das gelänge jedoch nur, wenn sie vernünftige Arbeitsbedingungen vorfinden würden.

Außerdem müsse überall dort wo die Bürgerinnen und Bürger wohnen, die haus- und fachärztliche Behandlung gesichert sein. Das gelte auch für die stationäre Aufnahme auf dem Lande, denn gerade ältere Menschen suchten ein Krankenhaus in Wohnortnähe. Des weiteren müsse mehr für die Prävention getan werden, hob die Gesundheitsministerin hervor. Es gebe viele Möglichkeiten,

durch gezielte Vorbeugung Krankheiten zu verhindern und damit Kosten zu sparen.

In der anschließenden Aussprache betonte die Ministerin: „Unser Gesundheitssystem soll solidarisch organisiert sein. Das heißt, dass sich alle zu gleichen Bedingungen an der Finanzierung beteiligen und füreinander einstehen.“

Der Geschäftsführer des Krankenhauses „Waldfriede“, Bernd Quoß, dankte dem Mitglied der Bundesregierung, dass es von Solidarität gesprochen habe, denn einander helfen wäre heute nicht mehr so üblich. Das Krankenhaus sei mit seinen Abteilungen „gut aufgestellt“, denn Prävention spiele in „Waldfriede“ schon seit Jahren eine wichtige Rolle.

Das seit 1920 bestehende Akutkrankenhaus „Waldfriede“ verfügt über 170 Betten und versorgt mit den Fachabteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Anästhesie, Radiologie, Gynäkologie und Geburtshilfe jährlich 9.000 Patienten stationär und 12.500 ambulant. Im letzten Jahr kamen dort 926 Babys zur Welt. Die Gesundheitseinrichtung ist eines von sieben Brustzentren in Berlin und besitzt Zentren für Hand- und Fußchirurgie, Darm- und Beckenbodenchirurgie, Minimal-invasive-, Endokrine- und Viszeralchirurgie, Diabetes Mellitus sowie Diabetischer Fuß. Zur Klinik gehören eine Krankenpflegeschule, eine Sozialstation zur Nachsorge und häuslichen Pflege für entlassene Patienten, Kurzzeitpflegeeinrichtungen sowie ein Gesundheitszentrum zur Förderung der medizinischen Prävention und einer gesunden Lebensführung. Außerdem gibt es dort eine ambulante Physiotherapie und niedergelassene Arztpraxen.

„Waldfriede“ ist Mitglied im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und im Deutschen Evangelischen Krankenhausverband sowie Teil des weltweiten „Adventist Health System“ der Siebenten-Tags-Adventisten.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur

mit Quellenangabe „APD“ gestattet!